

Durchlässige Grenzen durch transformative Praktiken von unten

Kommentar zu Nihad El-Kayed „Segregation als Grenzformation“

Sabine Weck

In ihrem Debattenaufschlag diskutiert Nihad El-Kayed (2025), welche vielfältigen Impulse die Grenzforschung der aktuellen Segregationsforschung geben kann. Ein Verständnis von Segregation als multidimensionalem Prozess der Grenzproduktion, wie es El-Kayed vorschlägt, lenkt die Perspektive auf den Prozess der Produktion und Reproduktion von Grenzziehungen sowie auf die beteiligten Strukturen und Akteur_innen, die Grenzziehungen stabilisieren und Durchlässigkeiten regeln.

Es lohnt sich daher, konzeptionelle Perspektiven der Grenzforschung für die Segregationsforschung nutzbar zu machen. In diesem Kommentar beziehe ich mich insbesondere auf den Vorschlag, Segregation als sozialräumlichen Prozess der Grenzproduktion (*process of bordering*) in urbanen Räumen zu verstehen. Darauf aufbauend löse ich mich vom Debattenaufschlag und nehme Bezug auf Forschungen zur räumlichen Gerechtigkeit sowie auf die Unterscheidung zwischen transformativer und affirmativer Gerechtigkeit. Transformative Veränderungen erfordern es, die Wahrnehmungen der Menschen von Peripherisierung und die Sichtweisen von Bewohnenden in den Segregationsforschungen stärker zu berücksichtigen. Ich plädiere dafür, bei der Planung dem Aufbau lokal verorteter Kapazitäten im Umgang mit den Herausforderungen vor Ort Priorität einzuräumen. Gebietsbezogene Handlungsansätze sollten gezielt transformative institutionelle Praktiken fördern, die zu strukturellen Verbesserungen in den Lebens- und Wohnbedingungen in segregierten Gebieten beitragen.

1. Segregation als Prozess der Grenzziehung

Von der Grenzforschung lässt sich David Newman (2003: 15) zufolge lernen, dass der Prozess der Grenzziehung (*process of bordering*) interessanter ist als die Grenze selbst, da sich daraus Aushandlungen der gesellschaftlichen Ordnung ablesen lassen. Ich verstehe Grenzziehungen in dieser Perspektive als Produkt sozialer Aushandlungs- und Deutungsprozesse. Grenzen werden nicht unbedingt materiell sichtbar, wie es beispielsweise bei nationalstaatlichen Grenzen der Fall ist. Sie können auch materiell unsichtbar und innerstaatlich wirken und etwa Zugänge oder sozial selektive Inklusions- und Exklusionsprozesse regeln. Damit ist die Grenzforschung auch anschlussfähig an die urbane Segregationsforschung. Grenzen schaffen eine Ordnung, sie sortieren zwischen drinnen und draußen, zwischen „uns“ und „den anderen“ – und sie können das Unerwünschte auch „hinter die Grenze“ wegsortieren. Diese Perspektive des Ordnen, Sortierens, Kategorisierens und Hierarchisierens lässt sich auf die Segregationsforschung übertragen und damit auch die Frage, wer oder was an den Sortierungsprozessen beteiligt ist und wer von ihnen profitiert (El-Kayed 2025). Nicht die Demarkationslinie an sich, sondern die Frage, warum und wie Grenzen von beiden Seiten (re)produziert werden und welche Transaktionen und Durchlässigkeiten sich in sogenannten *borderlands* herausbilden (Iossifova/Kostenwein 2024: 2), rückt so in den Vordergrund.

Aus einer institutionellen Perspektive sind Grenzen mit Regeln, Praktiken und Narrativen verbunden, die sich gegenseitig stabilisieren (Lowndes/Roberts 2013). Die gegenseitige Stabilisierung von solchen Regeln, Praktiken und Narrativen schafft wiederum Grenzen und hält sie aufrecht (Newman 2003: 14). Solche Grenzziehungen gibt es auch bei Segregationsprozessen. Sie entstehen nicht unbedingt durch formal verankerte Regelungen (die es aber auch geben kann, etwa in Form von Zonierungspolitiken oder Quotenregelungen für den Zuzug in Wohnbestände wie im Rahmen der dänischen Ghettopolitik). Vielmehr handelt es sich um institutionelle Praktiken und alltägliche Routinen unterschiedlicher Akteur_innen sowie um sich reproduzierende Narrative, die sich gegenseitig überlagern und stabilisieren und damit Grenzen aufrechterhalten. Ein analytischer Blick auf dieses Ineinandergreifen von Regeln, Praktiken und Narrativen unterschiedlicher institutioneller und individueller Akteur_innen ist hilfreich, um die Sortierungsprozesse zwischen Innen und Außen, zwischen uns und den

anderen zu verstehen. Dabei ist die diskursive Macht stereotypisierender Narrative und Stigmatisierungen zu betonen. Grenzen werden von den Einstellungen und Handlungen verschiedener institutioneller oder individueller Akteur_innen produziert. Diese sind wiederum geprägt von gesellschaftlichen Diskursen und Narrativen (Newman 2003: 20; Paasi 2012: 2306; Lamont/Molnar 2002: 168). Studien zeigen diese Überlagerung und wie institutionelle Praktiken bereits frühzeitig zu selektiven Zugängen zum Wohnungsmarkt oder Bildungssystem beitragen (zum Zugang zu Grundschulen siehe beispielsweise Ramos Lobato/Goldbach/Hanhörster 2023). Auf diese Weise werden Unterschiede in Infrastrukturausstattung, Teilhabe und Lebensqualität im Stadtraum dauerhaft reproduziert.

Das Zusammenspiel von Regeln, Praktiken und Narrativen zu verstehen, kann Impulse für die Segregationsforschung liefern und verstehen helfen, wie stabil Grenzziehungsprozesse sind. Das liegt auch daran, dass sie verändert werden können – durch veränderte Zuweisungspraktiken, institutionelle Routinen oder die Macht von Diskursen und Narrativen. Das Framing von Vierteln als sogenannte Ankunftsquartiere ist ein Beispiel für ein solches Narrativ. Es überwindet die Defizitperspektive und betont Ressourcen und Potenziale dieser Stadtteile sowie ihre gesamtstädtische Funktion für gelingende Ankommensprozesse (Hans 2023; Brill et al. 2025).

Um reale Änderungen beziehungsweise Verbesserungen des Lebens und Wohnens in segregierten Quartieren zu erreichen, sind Veränderungen der institutionellen Routinen und Praktiken notwendig. Diese wiederum erfordern Prozesse der Aushandlung der Verteilung von Ressourcen auf gesamtstädtischer Ebene. In segregierten statusniedrigen Gebieten stellt sich die Frage, mit welchen Ressourcen und Qualitäten die von den Bewohnenden genutzten Orte, Angebote und Infrastrukturen ausgestattet sind. Sind soziale Infrastrukturen, dritte Orte oder Bildungseinrichtungen in segregierten statusniedrigen Gebieten mit geringen Ressourcen ausgestattet, können sich daraus zusätzliche Benachteiligungen für ressourcenarme Haushalte ergeben. Während Mittelschichtshaushalte in statusniedrigen Gebieten ihren Alltag – von Kinderbetreuung und Schulbesuch bis zu sozialen Beziehungen und Freizeitaktivitäten – außerhalb des Wohnviertels organisieren können (Savage/Bagnall/Longhurst 2005; Butler/Robson 2003), sind ressourcenärmere Haushalte oftmals in besonderem Maße auf die Qualität der Infrastruktur und Räume vor Ort angewiesen.

Auch hier liefert die Grenzforschung Anregungen für die Segregationsforschung, indem sie die sozial selektive Permeabilität von Grenzen diskutiert – also die unterschiedliche Porosität von Grenzen für unterschiedliche soziale Gruppen (Lamont/Molnar 2002: 187). Die Durchlässigkeit beziehungsweise Permeabilität der Grenzen zwischen segregierten und nicht segregierten Räumen oder zwischen segregiert statusniedrigen oder segregiert statushöheren Räumen auf gesamtstädtischer oder regionaler Ebene stärker in den Fokus zu rücken, lenkt den Blick auf Fragen der Ressourcenverteilung und der räumlichen Gerechtigkeit. Um die materielle wie immaterielle Ressourcenverteilungen, Zuschreibungen und Handlungspraktiken zu verändern und Verbesserungen der Lebens- und Wohnbedingungen in statusniedrigen segregierten Gebieten zu erreichen, kann eine Unterscheidung zwischen affirmativen und transformativen Ansätzen hilfreich sein. In Anlehnung an Nancy Fraser (1997: 23) bleiben affirmative Ansätze auf der Ebene der Symptombehandlung. Transformative Ansätze nehmen dagegen die vorherrschenden Institutionen und die den beobachteten Ungleichheiten zugrunde liegenden Strukturen in den Blick und versuchen sie zu verändern. Für transformative Veränderungen ist es – wie ich im Folgenden argumentiere – wichtig, die Perspektiven der Bewohnenden zu verstehen und darauf aufbauend Verbesserungen in den Wohn- und Lebensbedingungen in statusniedrigen segregierten oder räumlich peripherisierten Gebieten zu erreichen.

2. Die Wahrnehmungen der Lebenswelt und Sichtweisen von Bewohnenden

Im Rahmen von Grenzstudien empfiehlt Newman (2003: 20), Alltagspraktiken von Bewohnenden als Bottom-up-Prozesse zu untersuchen. Um Grenzziehungen zu verstehen, schlägt er vor, die Wahrnehmung der Grenzen aus der Sicht der Bewohnenden zu untersuchen und – wie bereits erwähnt – deren Diskurse, Darstellungen, Bilder und Erzählungen stärker zu berücksichtigen. Dies bietet Anknüpfungspunkte an Diskussionen über Wahrnehmungen von Abgehängtsein, räumlicher Gerechtigkeit (*spatial justice*) sowie eine Einbeziehung der Sichtweisen wenig gehörter oder marginalisierter lokaler Bevölkerungsgruppen in die Entwicklung von Handlungsansätzen.

Die Forschungen zu den „places that don't matter“ (Rodríguez-Pose 2018), zu „Gefühlen des Abgehängtseins“ in ländlichen Räumen (Deppisch/

Osigus/Klärner 2023) und „geographies of discontent“ (Dijkstra/Poelman/Rodríguez-Pose 2018) lenkten in den 2010er Jahren den Blick auf bestimmte Räume mit einer hohen Zustimmung zu populistischen Positionen. Auf europäischer Ebene musste ernüchtert festgestellt werden, dass viele der strukturschwachen Regionen, die in den letzten Jahren in besonderem Maße von europäischen Fördermitteln profitiert hatten, die Beschäftigung, Infrastruktur und Innovation fördern sollten, hohe Zustimmungswerte zu populistischen und europaskeptischen Positionen aufwiesen (Rodríguez-Pose/Dijkstra 2020). Die Investitionen hatten offensichtlich weder etwas an den Wahrnehmungen und der Lebenswelt der Bewohnenden geändert, noch an deren Gefühl, dass sich für sie perspektivisch nichts zum Besseren wendet.

Eine vielfach geäußerte Kritik an gebietsbezogenen Investitions- und Förderprogrammen lautet, dass diese zu wenig oder nicht spürbar genug die Lebenswirklichkeit von Bewohnenden und deren Position auf dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt oder ihren Zugang zu Bildung und anderen relevanten Ressourcen für gesellschaftlich Teilhabe verändern. Die Wirtschafts- und Sozialpolitiken der letzten Jahrzehnte sowie Wohnungsmarkt- und Arbeitsmarktentwicklungen haben zu sehr ungleich verteilten Gewinnen und Verlusten, Aufwertungen und Entwertungen für unterschiedliche soziale Gruppen geführt. Die Folge sind zunehmende Polarisierungen zwischen Hoch- und Geringqualifizierten, zwischen Besitzenden und Mietenden usw. In vielen Städten machen Angehörige einkommensarmer Bevölkerungsgruppen die Erfahrung, dass Verteilungskonflikte um preisgünstigen Wohnraum in attraktiven innerstädtischen Lagen zunehmen. Wer umziehen muss oder neu zuwandert, hat wenig Auswahlmöglichkeiten und findet bezahlbaren Wohnraum nur in nicht attraktiven, stigmatisierten Lagen oder Gebäudekomplexen. Viele Menschen sehen sich selbst als Verlierer_innen der Entwicklungen der letzten Jahre. Solche von den Menschen als krisenhaft wahrgenommenen Verteilungskonflikte und Veränderungen ihrer eigenen Situation wirken sich auf die Identifikation mit dem Quartier, auf die sozialen Beziehungen sowie auf die Wahrnehmung gesellschaftlicher Anerkennung und Selbstwirksamkeit aus. In stadträumlich peripherisierten Lagen finden sich im Wahlkampf besonders viele Plakate der AfD, die ihr potenzielles Wahlpublikum kennt.

Wer sich an den Rand gedrängt fühlt und in der eigenen Deutung durch die materiellen, ökonomischen und diskursiven Entwicklungen

der letzten Jahre unverdient und ohne eigenes Zutun eine Abwertung erfährt, fühlt sich schnell ungerecht behandelt. Die Wahrnehmung von Ungerechtigkeit ist stets relational, also in Beziehung zu anderen und zur Wahrnehmung, unfair behandelt zu werden (Davoudi/Brooks, 2014; Israel/Frenkel 2017: 649). Ein Beispiel dafür ist die Tatsache, dass einkommensarme Bevölkerungsgruppen in urbanen Räumen aufgrund der Mietpreissteigerungen der letzten Jahre zunehmend Schwierigkeiten haben, sich das Wohnen in der angestammten Nachbar_innenschaft im Falle eines Umzugs überhaupt noch leisten zu können. In ländlichen Gebieten wiederum kann sich durch das Schwinden von Infrastrukturen und Orten des Gemeinschaftens (Schulen, Bäckereien, Haltestellen, Gaststätten etc.) über einen langen Zeitraum immer deutlicher ein Gefühl des Abgehängtseins herausbilden. Mit Blick auf die räumliche Gerechtigkeit entsteht die Wahrnehmung, unfair behandelt zu werden aus einer ungleicher werdenden Verteilung von gesellschaftlich relevanten Ressourcen („socially valued resources“, Soja 2009: 2) sowie dem Zugang zu diesen (Soja 2009; Davoudi/Brooks 2014: 2699) beziehungsweise aus entsprechenden Verteilungskonflikten.

Das Gefühl, nicht gehört zu werden und der Verlust des Glaubens, selbst Einfluss nehmen und etwas verändern zu können, ist eine Dimension von Verfahrensgerechtigkeit. Um die Wahrnehmungen der Lebenswelt von Bewohnenden in segregierten oder abgehängten Räumen verstehen und daraus politisch-planerische Handlungsansätze ableiten zu können, ist der Blick auf beides wichtig – auf verschiedene Wahrnehmungen der Verteilungsgerechtigkeit (Zugang zu und Teilhabe an Ressourcen vor Ort) sowie auf die Verfahrensgerechtigkeit (Anerkennung von bislang marginalisierten Stimmen).

Wenn sich in vielen Stadtteilen oder Regionen, in denen in den letzten Jahren öffentliche Gelder investiert wurden, nichts an der krisenhaften Wahrnehmung verändert hat, liegt das zum einen daran, dass räumlich selektive und überwiegend zeitlich begrenzte Investitionen durch Förderprogramme wenig an den strukturellen Bedingungen auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt ändern können. Dennoch haben diese Investitionen ihre Berechtigung, wie ich später argumentieren werde. Es bleibt aber die Frage, ob planerisch-politische Handlungsansätze der letzten Jahre dazu beigetragen haben, solchen Wahrnehmungen des An-den-Rand-gedrängt-Werdens und der geringen Selbstwirksamkeit

entgegenzutreten. Auch stellt sich die Frage, ob die Logik der Förderprogramme verändert werden kann, um daran etwas zu ändern.

3. Anerkennung und die Stärkung von Kapazitäten vor Ort

In einer europäischen Studie untersuchten wir unterschiedliche lokal verankerte Projekte in ländlichen und städtischen Räumen, die einen Beitrag zur räumlichen Gerechtigkeit leisten sollten (Weck 2023). Im Ergebnis beurteilten die von uns befragten Akteur_innen Projekte, die stärker von einer Bottom-up-Struktur geprägt, von der Bevölkerung getragen oder von Anfang an kooperativ und inklusiv ausgerichtet waren, hinsichtlich ihres Mehrwerts als wirksamer als Projekte, die nach einer Top-down-Logik oder weniger partizipativ entwickelt worden waren (ebd.). Hier fügen sich die oben benannten Überlegungen von Newman (2003) und anderen (Davoudi/Brooks 2014) ein, Bottom-up-Prozesse von Bewohnenden und die Lebenswelten und Kapazitäten vor Ort zum Ausgangspunkt für planerisch-politisches Handeln zu machen.

Im Rahmen des Diskurses um räumliche Gerechtigkeit spielt neben der Verfahrens- und der Verteilungsgerechtigkeit eine dritte Dimension eine wichtige Rolle (die sehr wohl mit den anderen beiden zusammenhängt): die Anerkennung (*recognition*). Substanzielle Verbesserungen – etwa Investitionen in die Infrastruktur (Schule, Bildungsangebote, Beratungsinfrastruktur) in benachteiligten Räumen sind – in diesem pluralistischen Verständnis von räumlicher Gerechtigkeit eine notwendige Bedingung. Prozedurale Veränderungen, die institutionelle Blindstellen oder politische Wahrnehmungen verändern, sodass die Bedarfe von Menschen in benachteiligten Räumen in politischen und institutionellen Prozessen stärkere Berücksichtigung finden und in substanzielle Verbesserungen der Lebensumstände eingehen können, sind eine weitere Bedingung. Eine dritte Dimension ist eine Form der Anerkennung. Diese zeigt sich zum einen über substanzielle Verbesserungen (z. B. infrastrukturelle Ausstattung und Anbindung) und prozedurale Verbesserungen (z. B. Einfluss auf den Raum betreffende politische Entscheidungen). Sie geht aber zum anderen darüber hinaus, indem Menschen in benachteiligten Räumen über alltägliche Akte der Verantwortungsübernahme für ihr eigenes Lebens- und Wohnumfeld selbst wirksam werden (können).

Aus den Forschungen zur räumlichen Gerechtigkeit lässt sich festhalten, dass Segregationsprozesse multiperspektivisch als Struktur-,

Verfahrensgerechtigkeits- und Anerkennungsdimension gedacht werden müssen. Nur so lässt sich verstehen,

- inwieweit Individuen und Gruppen durch räumliche Charakteristika in ihren individuellen Lebenschancen geprägt werden (Soja 2009: 2),
- wie Strukturen, Politiken und institutionalisierte Praktiken das Lebensumfeld und Charakteristika vor Ort prägen und wie sie verändert werden können, um gleichwertigere Lebensverhältnisse zu erreichen und
- wie durch die Anerkennung der Sichtweisen von Bewohnenden Räume imaginiert und geschaffen werden, die Selbstwirksamkeit erfahrbar machen und vor Ort Handlungsräume für den Aufbau von Kapazitäten (Kapital) schaffen.

4. Fazit

Ich habe in diesem Kommentar argumentiert, dass die Grenzforschung neue Impulse für die Segregationsforschung liefern kann, da sie Prozesse der Grenzziehung thematisiert (und nicht die Grenze selbst). Versteht man Grenzen zudem aus einer prozessualen Perspektive, so geraten die Praktiken, Regeln und Diskurse, die Grenzen stabilisieren, stärker in den Fokus. In Grenzformationen ist eine Vielzahl von (institutionellen wie individuellen) Akteur_innen eingebunden. Die Entstehung und Stabilisierung von Grenzregimen ist ein machtdurchsetzter und hierarchisch strukturierter Prozess. Grenzen und ihre Durchlässigkeit beziehungsweise Permeabilität werden gemanagt (Evrard/Nienaber/Sommaribas 2020). El-Kayed (2025) spricht in diesem Zusammenhang von einem Grenzregime, an dem individuelle wie institutionelle Akteur_innen beteiligt sind. Mir war wichtig zu zeigen, wie „Segregation als sozio-materielle Grenzformation“ und „lokal-räumlicher Abgrenzungs-, Filterungs- und Trennungsprozess verstanden“ (ebd.: 293, 289) von einer Perspektive der Anerkennung von Wahrnehmungen und Kapazitäten von Menschen in benachteiligten Räumen profitieren kann – mit dem Ziel, Grenzformationen durchlässiger zu machen. Aus der Grenzforschung lassen sich in Verbindung mit Argumentationen zur räumlichen Gerechtigkeit auch neue Impulse für eine politische und planerische Praxis ableiten, die Bottom-up-Prozessen und der Anerkennung von Potenzialen und Ressourcen der Bewohnenden mehr Gewicht zubilligt und die das Ziel verfolgt, jene institutionellen Praktiken zu verändern,

Durchlässige Grenzen durch transformative Praktiken von unten

die Grenzziehungen stabilisieren und reproduzieren. Bei der Entwicklung politisch-planerischer Handlungsansätze trägt die Unterscheidung zwischen affirmativen und transformativen Maßnahmen dazu bei. Transformative Maßnahmen zeichnen sich gegenüber affirmativen dadurch aus, dass sie neue Praktiken initiieren, die darauf abzielen, die generativen Prozesse der Formation und Reformation von Grenzen (materieller wie auch immaterieller Art) zu ändern. Planerisch-politische gebietsbezogene Maßnahmen müssten dann besonders Handlungsansätze unterstützen, die sich mit den Mechanismen (im Sinne von Regeln, Praktiken und Narrativen) der Grenzformation auseinandersetzen. Durch graduelle, transformative Veränderungen sollten sie darauf abzielen, Grenzformationen durchlässiger zu machen und so zu einer gerechteren Stadtentwicklung beizutragen.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Autor_innen

Sabine Weck forscht als Raumplanerin zu räumlicher Gerechtigkeit sowie dem sozialen Zusammenhalt in Städten und Regionen.
sabine.weck@ils-forschung.de

Literatur

- Brill, Hannah / Hanhörster, Heike / Hans, Nils / Neßler, Miriam / Ramos Lobato, Isabel (2025): „Neue“ Ankunftsräume zwischen Inklusion und Exklusion. Eine Literaturanalyse räumlicher Zuzugsmuster in Europa. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 13/2-3, 137-165.
- Butler, Tim / Robson, Garry (2003): *London calling. The middle classes and the remaking of Inner London*. Oxford: Berg.
- Davoudi, Simin / Brooks, Elizabeth (2014): When does unequal become unfair? Judging claims of environmental injustice. In: *Environment and Planning A* 46, 2686-2702.
- Deppisch, Larissa / Osigus, Torsten / Klärner, Andreas (2023): „Gefühle des Abgehängtseins“ in ländlichen Räumen? Project Brief 2023/38. Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen. https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn066762.pdf (letzter Zugriff am 19.9.2025).
- Dijkstra, Lewis / Poelman, Hugo / Rodríguez-Pose, Andrés (2018): *The geography of EU discontent. Working papers WP 12/2018*. EU Directorate-General for Regional and Urban Policy. Luxemburg: EU Publications Office. https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/work/2018_02_geog_discontent.pdf (letzter Zugriff am 15.9.2025).
- El-Kayed, Nihad (2025): Segregation als Grenzformation. Aufruf zur Debatte. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 13/2-3, 285-299.
- Evrard, Estelle / Nienaber, Birte / Sommaribas, Adolfo (2020): The temporary reintroduction of border controls inside the Schengen Area. Towards a spatial perspective. In: *Journal of Borderlands Studies* 35/3, 369-383.

- Fraser, Nancy (1997): From redistribution to recognition? Dilemmas of justice in a „postsocialist“ age. In: Nancy Fraser, *Justice interruptus: Critical reflections on the „postsocialist“ condition*. New York: Routledge, 11-39.
- Israel, Emil / Frenkel, Amnon (2017): Social justice and spatial inequality: Toward a conceptual framework. In: *Progress in Human Geography* 42/5, 647-665.
- Hans, Nils (2023): Arrival brokers as a key component of the arrival infrastructure. How established migrants support newcomers. In: *Geographica Helvetica* 78, 381-391.
- Iossifova, Deljana / Kostenwein, David (2024): Urban borderlands: Difference, inequality, and spatio-temporal in-betweenness in cities. In: *Urban Planning* 9. <https://doi.org/10.17645/up.8288>.
- Lamont, Michèle / Molnár, Virág (2002): The study of boundaries in social sciences. In: *Annual Review of Sociology* 28, 167-195.
- Lowndes, Vivien / Roberts, Mark (2013): *Why institutions matter: The new institutionalism in political science*. London: Palgrave Macmillan.
- Newman, David (2003): On borders and power: A theoretical framework. In: *Journal of Borderline Studies* 18/1, 13-25.
- Paasi, Anssi (2012): Border studies reanimated: Going beyond the territorial/relational divide. In: *Environment and Planning A* 44/10, 2303-2309.
- Ramos Lobato, Isabel / Goldbach, Alina / Hanhörster, Heike (2023): „The kids get haggled over“: how institutional practices contribute to segregation in elementary schools. In: *Frontiers in Sociology* 8. <https://doi.org/10.3389/fsoc.2023.1250158>.
- Rodríguez-Pose, Andrés (2018): The revenge of the places that don't matter (and what to do about it). In: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 11/1, 189-209.
- Rodríguez-Pose, Andrés / Dijkstra, Lewis (2020): Does cohesion policy reduce EU discontent and euroscepticism? In: *Regional Studies* 55/2, 354-369.
- Savage, Mike / Bagnall, Gaynor / Longhurst, Brian (2005): *Globalization and belonging*. London: Sage.
- Soja, Edward W. (2009): The city and spatial justice. In: *Justice Spatiale/Spatial Justice* 1, 1-5.
- Weck, Sabine (2023): Can local development actions be transformative and contribute to more just spaces? In: *European Journal of Spatial Development* 20/1, 41-69.